

**Hauptversammlung  
der Lichtenberger  
LINKEN**  
13. November 2010, 10 Uhr,  
OSZ Bürowirtschaft II,  
Marktstraße 2/3, 10317 Berlin



Foto: Joachim Pampel

Andrang am Abstimmungstag zum  
Bürgerhaushalt am Storkower Bogen.

## Ein Tag direkter Demokratie

Der 6. Lichtenberger Bürgerhaushalt erlebte am 16. September mit dem Votierungstag einen seiner Höhepunkte. 2335 Lichtenberger klebten fünf plus einen Punkt an 24 verschiedenen Orten im Bezirk und gaben damit ihre Stimme für 38 konkrete Vorschläge und nicht zuletzt für unsere Demokratie.

Dafür waren seit Anfang des Jahres viele Menschen tätig. Es begann mit einer neuen Rahmenkonzeption für das Bürgerhaushaltsjahr 2012. So gab es dieses Jahr den einen zusätzlichen Punkt. Dieser konnte auf einen der Themenbereiche geklebt werden, der ein „Einsparbereich“ sein könnte. Das Ergebnis gibt der Politik und der Verwaltung einen Hinweis, wo sich die Bürgerinnen und Bürger Einsparungen am ehesten vorstellen können.

Die veränderte Organisation des Diskussionsprozesses ist eine – wie ich finde – eindrucksvolle Neuerung. Erstmals haben die Stadtteilzentren in eigener Verantwortung die Stadtteilkonferenzen organisiert und durchgeführt. Irgendwie lag das schon immer auf der Hand, dieses Jahr war es endlich soweit, und es wurde niemand enttäuscht. Warum auch. Die in den letzten Jahren gesammelten

Kompetenzen bei allen Beteiligten bündelten sich zu einem großen Erfahrungsschatz. Allen Mitwirkenden an dieser Stelle großen Dank!

Auf diese Entwicklung kann unsere Bürgermeisterin Christina Emmrich sichtlich stolz sein. Ohne ihren Mut und ihre Hartnäckigkeit in den letzten sieben Jahren wären wir nicht so weit gekommen.

Wie geht es nun weiter? Im Moment werden noch alle Punkte gezählt und dokumentiert. Bald bekommen wir eine Liste mit den am meisten unterstützten Vorschlägen. Diese „Favoriten“ werden der BVV zur Entscheidung übergeben. Diese berät dann gemeinsam mit der Verwaltung und den Beteiligten vor Ort die mögliche Umsetzung. Natürlich wird das auch alles veröffentlicht, denn Transparenz in allen Phasen ist und bleibt ein Wesensmerkmal des Bürgerhaushaltes. So kann, so soll, so muss es weitergehen. Den schon aktiven „Bürgerhaushältern“ sage ich: „Danke, und bleiben Sie dabei!“ Den hoffentlich weniger werdenden noch abseits Stehenden rufe ich zu: „Machen Sie mit! Demokratie lebt auch durch Sie, durch Ihre Ideen und Ihr Engagement!“  
*Ihre Hendrikje Klein*

## Herr Biedenkopf irrt

Von Ronald Lötzsch

Vor kurzem diskutierten in der RBB-Sendung „Klipp und klar“ die ersten Ministerpräsidenten der nach dem Anschluss der DDR an die BRD neugegründeten Länder Brandenburg und Sachsen, Stolpe und Biedenkopf, über ihre Erfahrungen. Beiläufig kamen sie dabei auch auf Platzzecks „Lapsus“ mit dem „Anschlussvertrag“ zu sprechen. Es gab einiges Hin und Her, ob „Anschluss“ – siehe „Österreichs Anschluss an das Deutsche Reich“ – nicht doch eine etwas abwertende Bezeichnung für ein so hehres Unterfangen wie die „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten sei. Das Palaver beendete Biedenkopf mit einigen markigen Sprüchen, die man verkürzt mit „Kommt nicht in Frage!“ wiedergeben könnte.

Übrigens waren es nicht erst die Nazis, die von „Anschluss“ sprachen. Am 12. November 1918 beschloss die österreichische „Nationalversammlung“ den „Anschluss“ an Deutschland. Die Siegermächte verboten ihn allerdings.

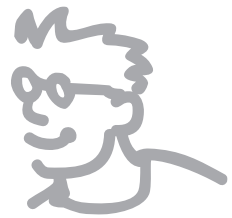
Der sogenannte Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR war im Grunde nur formal ein Vertrag. Eigentlich brauchte Bundesinnenminister Schäuble das Schriftstück dem willfähigen DDR-Staatssekretär Krause nur zu diktieren. Von echten Verhandlungen konnte keine Rede sein.

Die von Biedenkopf geforderten Voraussetzungen für die „Berechtigung“ zur Verwendung der Vokabel „Anschluss“ treffen also auch auf den Anschluss der DDR an die BRD zu. „Anschluss“ ist die Angliederung eines Gebietes an ein anderes – ohne jede Wertung.

Bleiben wir also getrost bei unserem „Anschluss“!

## In dieser Ausgabe

- Bürgerstimmen zu 20 Jahren deutsche Einheit (Seite 2)
- Interview mit Hans Modrow (Seite 3)
- Das Ende der Unschuld (Seite 4)
- Programmdebatte in Rostock (Seite 5)
- Rot-rote Baustellen (Seite 6)
- Gerecht geht anders (Seite 7)



## Stimmen zur deutschen Einheit

„info links“ befragte Bürger zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit, ob unser Land aus ihrer Sicht bereits vereint sei und ob es vielleicht noch Dinge gibt, die getan werden müssten.

● „Ohne Zweifel hat die deutsch-deutsche Einheit mir viele politische und persönliche Freiheiten gebracht, die ich in der DDR nicht hatte. Aber sie hat mir auch viel soziale Unsicherheit gebracht, die ich in der DDR ebenfalls nicht hatte. Das Entweder-oder zwischen sozialer Sicherheit und politischer Freiheit ist geblieben, nur in umgekehrter Gewichtung. Es fällt mir sehr schwer, darin einen Grund zum Jubeln zu finden.“ *Dr. Barbara Müller, Lichtenberg*

● „Wir sind noch keine Einheit. Rentner und Arbeitnehmer erhalten nicht das gleiche wie die im Westteil der Stadt Lebenden.“ *Petra (52), Lichtenberg*

● „Es wird immer Mauern in den Köpfen der Menschen geben.“ *Roland (30), Lichtenberg*

● „Ich finde, dass mit der heutigen Regierung die Mauern in den Köpfen der Menschen nur noch vergrößert werden. Ich bin im Osten aufgewachsen, und dort waren allein das Bildungssystem und der Zusammenhalt der Gemeinschaft intensiver.“ *Anja (28), Studentin, Friedrichshain*

● „Wir leben heute und sollten endlich das Vergangene hinter uns lassen, dann können auch endlich die Vorbehalte den Ostdeutschen gegenüber abgebaut werden.“ *Oliver (27), Student, Berlin*

● „Sind wir schon ein Volk von Brüdern und Schwestern? Nicht im Geringsten! Im Gegenteil, es werden immer mehr Unterschiede produziert.“ *Wolfgang Schneider, Lichtenberg*

● „Was für 'ne Einheit? Die gibt es für mich erst, wenn ich für die gleiche Arbeit wie mein Cousin in Bremen auch den gleichen Lohn kriege und meine Eltern die gleiche Rente wie ihre Westgeschwister. Das Einheitsgerede übertüncht nur die Ungleichheit. Im Übrigen gab es nie eine Einheit zwischen Arm und Reich und wird es auch künftig nicht geben.“ *Lore Meister, 10318 Berlin*

● „Wir haben immer an die Einheit geglaubt und gedacht, dass dieses Deutschland dann irgendwie die Vorzüge beider deutscher Staaten in sich aufnimmt. Doch es kam anders. Wir sind alt, freuen uns über jede Reise, die wir in unserem schönen Land und ins Ausland noch machen können. Aber beim Gedanken an unsere Kinder und Enkel befällt uns Angst. Welche Gesellschaft, welche Umwelt hinterlassen wir ihnen, und wie sollen sie damit fertig werden?“ *Margot und Siegfried Bornstein, Delmenhorst*

● „Wir Westfeministinnen erhofften uns, ein kräftiges Stück der DDR-Gleichberechtigung in Beruf, Familie, Politik und Gesellschaft, hinsichtlich der selbstbestimmten Schwangerschaft und gezielter Studienförderung abzubekommen – doch stattdessen bekamen dann auch die DDR-Frauen das frauenpolitische Mittelalter der alten BRD.“ *Elisabeth Schmidt, Kreuzberg*

● „Wo ist der Solidaritätsbeitrag? Wo fließt er hin?“ *Rene (42), Selbstständiger, Friedrichshain*

● „Ich habe nicht viel vom Osten mitbekommen, aber das, was ich sehe, empfinde ich als vereint. Ich teile nicht die Meinung der Leute, dass die Westdeutschen die Ostdeutschen nicht mögen.“ *Jessica (25), Studentin, Velten*

● „Immer und überall wird im Deutschland dieser Tage behauptet, dass der Anschluss der DDR an die BRD alternativlos gewesen sein soll. Aber inzwischen habt Ihr in ganz Deutschland seit 1990 eine gigantische Schere zwischen Oben und Unten. Ihr seid im Krieg, habt weniger Demokratie und mehr Überwachung für alle. Da müsstet Ihr doch fragen: Für wen war der Anschluss ohne Alternative? Wem brachte dieser Anschluss rundum Nutzen?“ *Julian Steiner, Tourist aus Wien*

● „Das schönste an der deutschen Einheit war für mich, dass ich nicht erst Rentner werden musste, bevor ich meine Verwandten im Westen besuchen konnte. Die waren dann aber bald von ihren armen Ost-Verwandten weit weniger begeistert ...“ *Ludwig Kleinschmidt, 10319 Berlin*

● „Ich bin im faschistischen Deutschland, in der kapitalistischen Gesellschaft groß geworden, und es hätte mich fast das Leben gekostet. Darum wollten wir jungen Leute damals einem neuen Deutschland ‚zum Guten dienen‘, und wir versuchten es voller Begeisterung. Es wurde nur ein Teil Deutschlands, und aufgrund innerer und äußerer Umstände scheiterten wir. Nun leben wir wieder im Kapitalismus mit Existenzangst und Bedrohung des Friedens. Auch nach der ‚Wende‘ habe ich mich nach Kräften politisch engagiert. Meine Ideale habe ich nicht verloren, seit 1946 bin ich meiner Partei treu – und die Hoffnung bleibt.“

*Gerhard Bombal, Lichtenberg*

## Rot-Rot im Bund?

Unter diesem Motto diskutierten Dr. Gesine Löttsch und Swen Schulz (MdB, SPD) am 28. September in der „Kiezspinne“ über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Parteien. Die 60 Gäste erlebten eine sachliche, entspannte und auch amüsante Veranstaltung.

So gestand Swen Schulz, dass der Weggang von Oskar Lafontaine für viele linke SPD-Genossen immer noch schwer zu verdauen sei. Immerhin stellt der Erfolg der LINKEN für die SPD nicht nur wahltaktisch ein Problem dar. Gerade im Westen gäbe es deshalb viele, die sich eine Zusammenarbeit mit der LINKEN nicht vorstellen können. Swen Schulz ist innerparteilich bemüht, diese Vorurteile zu zerstreuen. Aber auch er ließ es sich nicht nehmen, die Regierungsfähigkeit der LINKEN im

Bund zu bezweifeln und nannte als Gründe die Außen- und Finanzpolitik.

Gesine Löttsch machte deutlich, dass der politische Hauptgegner der LINKEN nicht die SPD sei. Darum gelte es, DIE LINKE so stark wie möglich zu machen, weshalb es mitunter auch nicht ausbleiben kann, die SPD mit ihren eigenen Widersprüchlichkeiten vor sich her zu treiben. Denn eine starke LINKE im Bundestag und in den Ländern ist die Voraussetzung dafür, dass SPD und Grüne, sollten sie 2013 wieder die Regierung stellen, nicht in die alte Agenda-Politik zurückfallen. Eine Tolerierung von rot-grün wie in NRW lehnte sie ab.

Zum Schluss war man sich einig, künftig stärker auf einen rot-roten Dialog zu setzen. In Berlin zeige Rot-Rot, dass es das Leben der Menschen verbessern kann. Warum also nicht auch im Bund? *Sebastian Schlüsselburg*

## Gesine Löttsch und Klaus Ernst zum 3. Oktober

„20 Jahre nach der Vereinigung ... bleibt viel zu tun. Aber es gibt Mehrheiten ... für einen Mindestlohn, für armutsfeste Renten, für einen handlungsfähigen Staat, für gerechte Steuern, für gleiche Lebenschancen in Ost und West und für ein Deutschland, von dessen Boden kein Krieg mehr ausgeht... Dafür zu streiten, ist für DIE LINKE die vornehmste Pflicht.“

Am 1. Oktober verteilte Gesine Löttsch „Einheitsäpfel“ an zwei S-Bahnstationen in Lichtenberg als Protest gegen den sozialen Kahlschlag der Regierung. Die LINKE-Zeitung „Klar“ legte sie als Info über die Forderungen der LINKEN bei.



## Deutschland – einig Vaterland?

Der 3. Oktober 2010 ist ein Kulminationspunkt der offiziellen Geschichtsklitterung der BRD. „info links“ will und kann nicht kritiklos in die Jubelchöre zur staatlichen Einheit einstimmen und hat deshalb Hans Modrow, einen der prominenten Akteure der Wendezeit, um seine Sicht auf jene Zeit und die seither vollzogene Entwicklung gebeten. Hans Modrow ist Vorsitzender des Ältestenrates der LINKEN. Zwar macht ihm die heutige Politik immer weniger Spaß, aber das Kämpfen für ein besseres Morgen hat er nicht aufgegeben. Die Fragen stellte Martin Walter.

● **Besonders im Osten sehen viele im 3. Oktober keinen Feiertag, sondern einen „freien Tag“, der sie schließlich auch auf Dauer „frei“ von ihrer Erwerbsarbeit gemacht hat. Was ist dieser Tag für Dich?**

● Der 3. Oktober 1990 war der Tag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland. Zuvor hatten die Wahlen zur Volkskammer am 18. März mit ihrem Ergebnis die Mehrheitsmeinung der DDR-Bürger zum Ausdruck gebracht, die zu dieser Entwicklung führte. Das Wie dieser Einheit, wie sie bis heute gestaltet wurde und wird, ist eher kein Grund zum Feiern.

● **Die offizielle Bundesrepublik wird nicht müde zu behaupten, der vor zwanzig Jahren eingeschlagene Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands sei alternativlos gewesen.**

● Das ist schlicht nicht wahr; der Weg zur Einheit war nicht alternativlos, wie mein Dreipunkte-Plan bewies. Er zielte auf einen Prozess der gegenseitigen Annäherung und der politischen und sozialen Reformen in beiden deutschen Staaten. Und er war mit der militärischen Neutralität verbunden ...



*Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in all der Zeit meiner politischen Arbeit nie die Wahrheit für mich gepachtet haben wollte.*

*(Zitate aus: Gabriele Oertel: „Hans Modrow Sagen, was ist“, Verlag Das Neue Berlin, 2010)*

● **Aber kam dieser Plan damals nicht schon zu spät?**

● Der Plan hatte eine Chance, weil die anderen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Großbritannien und Frankreich noch nicht auf die USA-BRD-Linie eingeschwenkt waren und durchaus skeptisch dazu standen. Aber als Gorbatschow am 9. Februar 1990 gegenüber den USA seinen Vorbehalt zur NATO-Mitgliedschaft des künftigen Deutschlands aufgab und nach seinem Tête-à-Tête mit Kohl tags darauf ging diese Alternative verloren. Die Sowjetunion, genauer deren Führer Gorbatschow gab die DDR ohne Not preis, sie nahm nicht einmal mehr ihre eigenen Interessen ordentlich wahr ...



Foto: Das Neue Berlin

● **Deine Regierung wurde durch die Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 abgelöst. Die Nachfolger holten massenhaft westdeutsche „Berater“ ins Land. Konnte so ein „Einigungsvertrag“ verhandelt werden, der die Interessen der DDR-Bürger angemessen berücksichtigte?**

● Natürlich nicht. Die Regierung de Maizière bereitete im Wesentlichen die Übergabe der DDR an die BRD vor. Die Modalitäten wurden von den CDU-Politikern Schäuble und Krause in einem Kuhhandel ausgekungelt. Wer wie der Finanzminister Walter Rombach von der SPD aufmüpfte, musste seinen Hut nehmen. Die SPD zog sich aus der Regierung de Maizière zurück. Das heißt, sie trat politisch von der Bühne ab und spielte im weiteren Einheitsprozess keine Rolle mehr.

● **Das führt zu der sattsam strapazierten Frage: Was war der 3. Oktober – Anschluss oder Vereinigung?**



*... ich denke, dass die gesamte Regierung Modrow ihrer historischen Rolle gerecht geworden ist, auch wenn die Herausforderungen bisweilen über das hinausgegangen sind, was ich Anfang November übersehen konnte.*



Ich gehe mit der Geschichte kritisch um, bewahre mir aber auch den Mut, durchaus konstruktive Elemente des Sozialismus des 20. Jahrhunderts als solche zu benennen. Ich finde, dass es auch im Leben der DDR nicht wenig gab, was beim Nachdenken über den Sozialismus im 21. Jahrhundert seinen Platz bekommen sollte.

● Im Beitrittsvertrag gibt es eine falsche Aussage: Denn dort steht, die Einheit sei mit dem Beitrittsvertrag vollzogen. Die Realität – zwanzig Jahre danach – sieht aber anders aus. Das Land ist noch immer zweigeteilt – vor allem sozial, aber vielfach auch in den Köpfen.

● **Von Willi Brandt stammt das pathetische Wort: „Nun wächst zusammen, was zusammengehört.“ Wie siehst Du die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte?**

● Fragt sich nur, was denn zusammengehört. Die Hartz-IV-Empfänger in Ost und West, für die die schwarz-gelbe Regierung jetzt ganze fünf Euro mehr ausspucken will? Die Hoteliers in West und Ost mit ihrem Milliarden-Mehrwertsteuer-Geschenk? Aber bleiben wir in Berlin. Nach jüngsten Umfragen sehen nur 40 Prozent der Berliner positive Veränderungen ihrer Situation seit der Einheit. Im Osten sogar 57 Prozent. Da kann von einem Klima der Einheit nicht die Rede sein ...

● **Zwei Jahrzehnte deutsche Einheit – die Reichen wurden reicher, die Mehrzahl der Menschen wurde ärmer. Deutsche Soldaten beteiligen sich wieder an kriegerischen Handlungen. Die einst „Wir sind das Volk“ riefen, scheinen verstummt, lassen sich vom Kapital bevormunden. DIE LINKE gleicht dem einsamen Rufer in der Wüste. Entmutigt das?**

● Keineswegs. Die Entwicklung beweist nur, DIE LINKE wird gebraucht. Heute mehr denn je. Sie darf sich nur nicht selbst in die Wüste stellen. Die heute Regierenden häufen immer mehr sozialen Sprengstoff an. Im Osten unseres Vaterlandes vollzog sich ein Übergang von der vermeintlichen Diktatur des Proletariats zur echten Diktatur des Kapitals. Diese erzeugt Existenzangst. Lähmt.

Wachzurütteln und als eine politische Gegenkraft im Bündnis mit sozialen Bewegungen aufzutreten, sollte wichtiges Anliegen der LINKEN sein. Nur so wird sie ihren Platz in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft finden und ausfüllen.

● **Herzlichen Dank für das Gespräch.**



## Das Ende der Unschuld

Die Koffer sind wieder ausgepackt, die Urlaubsfotos im Album oder auf dem Computer archiviert. Die Tage werden kürzer, der Wind wird merklich kühler. Kurzum, die Freuden des Sommers gehören der Vergangenheit an.

Auch im politischen Betrieb werden die Zügel angezogen. Die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wird als revolutionär gefeiert. Die „Gesundheitsreform“ (die wievielte eigentlich?) fairer Lastenausgleich genannt. Gerne hätte man sich unter diesen Umständen an die Tatenlosigkeit der Bundesregierung während der Sommerpause gewöhnt.

Wir haben also die Unschuld des Sommers hinter uns gelassen, und es wird klar, dass für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im nächsten Jahr keine Schützenhilfe des Bundes zu erwarten ist. Im Gegenteil, die bundespolitischen Rahmenbedingungen haben sich für die Menschen in unserem Bezirk verschlechtert. Eine Bundespolitik, die gegen die Interessen der Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen gerichtet ist, hat Auswirkungen auch für Lichtenberg. Die Jugend übt sich, wie die kürzlich erschienene Shell-Jugendstudie belegt, in Zweckoptimismus. Ob

dieser weiterhilft, kann bezweifelt werden. Allein zeigt er, dass sich unser Nachwuchs nicht auf die Hilfe von außen verlassen möchte.

Können wir nun die Hände in den Schoß legen und auf bessere Zeiten warten? Nein, unsere Antwort als LINKE kann nur lauten: Solidarisieren und Politisieren! Gerade die Zeit vor den Wahlen, in der die Menschen naturgemäß hellhöriger in politischen Fragen werden, will die Linksfraktion nutzen, um einerseits Solidarität zu demonstrieren und den Bürgern andererseits das Bewusstsein zu vermitteln, dass Politik etwas bewegen kann.

Das fängt im Kleinen an – im Bezirk. Die Fraktion DIE LINKE will an die Veranstaltungen unter dem Motto „Wissen was läuft“ zur Kraftwerksplanung und zur Bundeswehr an den Schulen anknüpfen. Wir werden regelmäßig Foren bieten, um Themen zu diskutieren und daraus unsere politische Arbeit abzuleiten, Themen wie die besonderen Bedürfnisse von Senioren, die Kitaplatzsituation im Bezirk, die sozialen Angebote in jenen Stadtteilen, in denen der Bedarf am größten ist. Die Kompetenz, die Politikfähigkeit der LINKE, die sie in den vielen Gemeinden in Deutschland unter Beweis stellt, ist letztlich auch der Türöffner für eine zukunftsfähige Politik im Bund.

*Christian Petermann*

## Vorsicht Kopfpauschale!

Gast eines gut besuchten gesundheitspolitischen Bürgerforums der LINKEN am 16. September in der KULTschule war Dr. Martina Bunge, Abgeordnete des Deutschen Bundestags und gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN.

Martina Bunge erklärte, sie sei stinksauer über die Gesundheitspolitik der Regierung: „Solidarität wird zu Grabe getragen. Wie kann es sein, dass sich Herr Rösler den Entwurf zur ‚Neuen Gesundheitsreform‘ durch die Pharmaunternehmen hat schreiben lassen?“ Die Bürger würden zu Bittstellern gegenüber dem Staat gemacht, die Krankenkassenbeiträge zum 1. Januar um 0,6 Prozent steigen und kassenunabhängige Zusatzbeiträge aller Kassen eingeführt. „Was will uns der Herr Rösler überhaupt weismachen? Das ist doch die ‚Kopfpauschale‘ durch die Hintertür!“

Armut mache die Menschen krank! Erstmals seit dem Kriegsende sei das Bruttoeinkommen in diesem Jahr wieder gesunken. Die „Neue Gesundheitsreform“ sei mittlerweile der 3. Angriff auf die Masse der Bürger. Hartz IV und die Abschaffung der Rentenformel wären erst der Anfang.

„Wir sagen Nein! Jetzt ist Schluss, wir lassen uns nicht weiter auf der Nase herumtanzen!“ Daher organisiere DIE LINKE Kampagnen gegen die unsoziale Gesundheitspolitik. Unsere Aktionen wenden sich auch an die jüngere Bevölkerung. Denn die Gesundheit ist keine Frage des Alters.“

*Anja Ott*



Veranstaltungsreihe der LINKEN: „Wissen, was läuft“

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Sport an Schulen

Sportvereine und Schulen können künftig besser miteinander kooperieren. Entsprechend einem Antrag der LINKEN entwickelte das Bezirksschulamt dafür u. a. Musterkooperationsverträge. Es unterstützt auch die Schulleiter darin, Übungsleiter in den Ganztagsbetrieb der Schulen zu integrieren.

### Kinderlärm ist unanfechtbar

Von Kindern auf Spielplätzen, an Kitas und Schulen verursachte Geräusche sind zumutbar. Das stellt insbesondere der neue Absatz 1 im § 6 des Landes-Immissionsschutzgesetzes sicher. Dafür hat sich die Lichtenberger Verwaltung seit Jahren eingesetzt.

### Umfangreiche Unterstützung

Lichtenberger Wohnungsunternehmen unterstützen umfangreich die Bezirksentwicklung. Beispiele legte Bezirksstadtrat Dr. Prüfer der BVV vor. So wurde u. a. der „Runde Tisch Wohnungspolitik“ wiederbelebt. Im Bezirk wurden und werden viele neue Wohnungen gebaut.

### Dolgenseestraße 60

Bis 2013 soll in der Dolgenseestraße 60 eine Gemeinschaftsschule entwickelt werden. In der September-BVV trat die SPD entsprechenden Initiativen der LINKEN bei. „Jetzt kommt es darauf an, dass Frau Beurich Wort hält“, erklärte Michael Niedworok, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

### Immer aktiv gegen Armut

„Lichtenbergs Aktivitäten gegen Armut und Ausgrenzung“ sind jetzt von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich zusammengestellt worden. Die beeindruckende Bilanz jahrelangen Kampfes ist die Antwort auf eine Anfrage von Bündnis 90/Grüne in der Bezirksverordnetenversammlung.

### Verwechslungsgefahr

Der Platz neben dem Kino Cinemotion an der Wartenberger Straße kann nicht „Hohenschönhausener Platz“ benannt werden. Dies ist nach dem Berliner Straßengesetz u. a. deshalb unzulässig, weil eine hohe Verwechslungsgefahr von Adressen bestehe.

## Regionalkonferenz in Rostock

Die sechs norddeutschen Landesverbände der LINKEN trafen sich am 18. September in der Rostocker Stadthalle mit dem Ziel, hart zur Sache, aber fair im Streit um das neue Parteiprogramm miteinander umzugehen. Prof. Dieter Klein kam der Einladung sicher gern nach, in seinem Eröffnungsvortrag „Wie wollen wir leben“ die ganze Breite der Probleme eines sozialistischen Programms in der gegenwärtigen neoliberalen kapitalgeprägten Zeit vor den Teilnehmern darzustellen. Er erinnerte an Hans Mayer und sein Wort vom Widerspruch, der in der Welt ist.



Prof. Dieter Klein bei seiner Eröffnungsrede

Lösungen liegen den LINKEN nicht auf der Hand, Mehrheiten wenden sich ihnen nicht zu. Warum ist das so? Die Widerspruchsverhältnisse sind hart umkämpft, der Staat wird zur Arena ihrer Austragungen. Emanzipation zielt auf die Überwindung der hierarchischen Machtstrukturen. Es geht um machbare Reformen hier und heute, um Projekte, die Widerstände zurückdrängen und überwinden. Dieter Klein spricht von einem transformatorischen Prozess, den es gilt, sozial-ökologisch zu gestalten in Zeiten globaler mehrdimensionaler Krisen. Diese Herausforderung steht vor der gesamten Menschheit.

An den LINKEN sei es, an dem Bild eines alternativen Gesellschaftsprojekts zu malen, das durch radikale Realpolitik einen Richtungswechsel der politischen Kräfteauseinandersetzungen nach links bewirken kann. DIE LINKE täte gut daran, als Bündnispartner ge-

meinsam mit Aktivisten über Parteigrenzen hinaus, mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen und rote Fäden in eine Vision von einer besseren Welt einzuweben.

Die Debatte im Anschluss war geprägt vom Für und Wider. Einig war man sich in der anti-kapitalistischen Grundlinie und im Antikriegs-ansatz der Partei. Gegeben wurden Antworten auf Fragen, die im Programmentwurf zu kurz kommen: zur ländlichen Entwicklung zum Beispiel, und zu strömungsübergreifenden Projekten, die längst stattfinden, zu ihren digitalen, emanzipatorischen und basisdemokratischen Dimensionen.

Globalisierungsprozesse reproduzieren patriarchale Unterdrückung, merken Aktivisten der Frauenbewegung an. Und es sei höchste Zeit, dass sich DIE LINKE zur nationalen Frage positioniert. Die Kapitalismuskritik im Programm sei viel zu schönfärbend! Handelt es sich eigentlich um die Errungenschaften des Kapitalismus oder im Kapitalismus?

In Arbeitsgruppen zur neuen Arbeitswelt, zu Krieg und Frieden und zur Demokratisierung der Demokratie wurde in den Mittagsstunden debattiert. Am Nachmittag fand man sich wieder im großen Plenum zusammen. Kerstin Kaiser konterkarierte das Bild des „Kollegen Sachzwang“ im regierungspolitischen Ringen um eine Sozialismusperspektive. Sie wolle sich keineswegs im Machbaren einrichten, denn es bleibe immer die Frage nach einem erkennbaren Politikwechsel.

Zwei persönliche Bemerkungen: Klaus Lederers Ausbruch gegenüber Ellen Brombacher war eines Landesvorsitzenden nicht würdig; eine Idee hat er damit nicht transportiert. Katja Kipping hingegen warb herzerfrischend für DIE LINKE.

Marga Voigt

## Mein Eindruck

„Miteinander statt übereinander zu reden“, „Unser Programm ist uns wichtig“ und „Wir wollen konstruktiv darum streiten“ waren für mich die wichtigsten Signale dieser Konferenz, die damit auch zum Zusammenwachsen unserer Partei beitrug.

Vorurteile und sehr unterschiedliche Sichten auf die Gesellschaft ließen sich vermindern: Unterschiedliche Perspektiven und Ansichten schlossen sich nicht zwangsläufig aus, sondern konnten sich bei einer gewissen Offenheit auch sinnvoll ergänzen.

Es blieben mehr Fragen als Antworten, aber oft sind es gerade Fragen, die uns verbinden und programmatisch näher an die Probleme der Menschen bringen. Bernd Ludewig

## Veranstaltungen

- **Sonnabend, 9.10., 10 Uhr**  
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich;  
Treff: Kraftwerk, Köpenicker Chaussee 42
- **Sonnabend, 9.10., 10 Uhr**  
LINKE Umweltkonferenz; GLS Campus,  
Kastanienallee 82, 10119 Berlin
- **Dienstag, 12.10., 18.30 Uhr**  
„Keine Teilnahme an Kriegen – den Willen  
der Volksmehrheit durchsetzen“, Bürger-  
forum mit Tobias Pflüger; KULTschule,  
Sewanstraße 43
- **Dienstag, 12.10., 19 Uhr\***  
Beratung des BV mit den Leitern der  
Wahlkreisaktive und der Sprecherräte
- **Mittwoch, 13.10., 19 Uhr**  
Diskussion zur geplanten Verlängerung  
der A 100, mit Jutta Matuschek, Dr. Gesine  
Lötzsch, Halina Wawzyniak, Dr. Andreas  
Prüfer, Sigmar Gude (Stadtplanungsbüro);  
Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Mittwoch, 20.10., 18.30 Uhr\*\***  
Beratung der Leiterinnen der Wahlkreis-  
aktive mit den BO-Sprechern Hohen-  
schönhausen
- **Donnerstag, 21.10., 17 – 19 Uhr\***  
Sozialrechtsberatung
- **Dienstag, 26.10., 15 Uhr**  
„Gesundheit nur noch für Reiche?“,  
Bürgerforum mit Ingeborg Simon;  
Manfred-von-Ardenne-Schule, Werneu-  
chener Straße 27
- **Montag, 8.11., 18 – 19.30 Uhr**  
Öffentliche Fraktionsversammlung:  
„Wie kann Politik für gute Kita-Betreuung  
aktiv werden?“; Bildungs- und Begeg-  
nungszentrum, Reriker Straße 18

Veranstaltungsorte: \* Alfred-Kowalke-Straße 14,  
\*\* Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 8

## Hauptversammlung

Der Bezirksvorstand beruft die 3. Tagung der 2. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN ein:

**Sonnabend, 13. November 2010, 10 Uhr,**  
Oberstufenzentrum Bürowirtschaft II,  
Marktstr. 2/3, 10317 Berlin

### Vorläufige Tagesordnung:

- Zur politischen Situation
- Vorbereitung der Wahlen 2011
- Diskussion
- Wahl der Delegierten zum 3. Landesparteitag der LINKEN. Berlin

Wolfgang Schmidt

## Baustellen

Die rot-rote Koalition hatte sich für 2010 mehrere Gesetzesprojekte vorgenommen, die sich aber allesamt verzögern. Klemmt es bei Rot-Rot? Oder gibt es andere Gründe? Und wenn ja, welche? Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus der Lichtenberger LINKEN antworten.



Gıyas Sayan  
über **Integration  
und Teilhabe**

Fotos: privat

Mit dem bundesweit einmaligen Integrations- und Partizipationsgesetz sollen Teilhabe und so die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Einwanderungsstadt Berlin deutlich verbessert werden. Alle Verwaltungen und Landesbetriebe werden zur verstärkten Einstellung von Migrantinnen und Migranten verpflichtet, die Migrationsbeauftragten und -beiräte erhalten mehr Rechte, die Integrationsausschüsse der BVV bekommen Pflichtstatus, und in ihnen können auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mitwirken.

Für die Erfolgskontrolle gelten strenge und engmaschige Kriterien, um Scheinstatistiken und Ausweichmanöver zu verhindern. Der Gesetzesentwurf ist hart umkämpft: Einigen ist alles nicht konkret genug, anderen geht alles zu weit, und Konservative reden von einer Übervorteilung von Migranten, weil sie in Wirklichkeit deren Chancengleichheit ablehnen. Der Rat der Bürgermeister gab eine ablehnende Stellungnahme zum Gesetzentwurf ab. Dennoch will Rot-Rot das wichtige und richtige Gesetz noch in dieser Wahlperiode beschließen.



Marion Platta  
zum  
**Klimaschutzgesetz**

Für das Berliner Klimaschutzgesetz – eines der wichtigen rot-roten Projekte – hat die von Katrin Lompscher (DIE LINKE) geführte Verwaltung bereits mehrere Anläufe genommen. Anerkennung finden die anspruchsvollen Ziel-

setzungen – auch wenn sie bisher noch nicht über 2020 hinausgehen. Positiv vermerkt wird auch, dass Rot-Rot in der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes ein bedeutendes CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial sieht. Es gibt jedoch Kontroversen über das Tempo der energetischen Gebäudesanierung und die Kosten, die auf Eigentümer und Mieter zukommen werden. Alternativ haben Verbände ein Stufenmodell vorgestellt, das auf eine etappenweise Gebäudeumrüstung zielt. Unabhängige Analysen besagen aber, dass auch dabei der individuelle Kostenaufwand nicht geringer ausfallen würde.

Meines Erachtens besteht das Hauptproblem darin, dass bereits von Anfang an mit allen Betroffenen und Sachverständigen nur ungenügend beraten wurde, um zielgenaue und akzeptable Lösungen zu finden. Darin besteht Handlungsbedarf, damit Berlin noch in dieser Legislaturperiode ein wirksames Klimaschutzgesetz bekommt.



Evrim Baba-Sommer  
zum **Ladenöffnungs-  
gesetz**

Eigentlich hatte das Bundesverfassungsgericht Senat und Abgeordnetenhaus lediglich beauftragt, eine Ladenöffnung an aufeinanderfolgenden Sonntagen, besonders an den vier Adventssonntagen, auszuschließen. Doch Kirchen, Gewerkschaften, Einzelhandelsverband und Händlerinitiativen machten noch einmal Druck auf den Senat, um etwas mehr von ihren gegenteiligen Interessen durchzusetzen. Dabei kam ihnen zupass, dass die Regierungsfractionen untereinander uneinig waren. So verzögerte sich die Gesetzesnovelle erheblich. Jetzt ist ein Kompromiss gefunden: Es bleibt bei zehn verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr, für die es ein wirkliches Bedürfnis geben muss und die nicht aufeinander folgen dürfen. Acht bestimmt der Senat, zwei liegen im Ermessen von Händlern und Bezirken – so z. B. bei lokalen Ereignissen oder Firmenjubiläen. An Fernbahnhöfen darf jeden Sonntag ein bestimmtes Sortiment angeboten werden, und es muss gesichert sein, dass samstags vor „geschlossenen Sonntagen“ pünktlich um 24 Uhr Ladenschluss ist. Ob diese Lösung wirklich den Kunden, vor allem den Touristen, sowie dem Handel nützt und zugleich das Personal schützt, wird die Praxis zeigen.



Peter-Rudolf Zotl  
über  
**Bürgerentscheide**

Die Regelungen zu bezirklichen Bürgerentscheiden werden – entgegen früheren Zeitvorstellungen – wohl erst Ende 2010 novelliert werden. Zurzeit können Bürgerentscheide analog den BVV-Beschlüssen verbindlich sein oder nur den Charakter von Empfehlungen tragen. Der Verein „Mehr Demokratie“ machte darauf aufmerksam, dass das Bezirksverwaltungsgesetz im § 12 (3) der BVV aber die Möglichkeit einräumt, unter Umständen aus einer Empfehlung in einem zweiten Schritt einen verbindlichen BVV-Beschluss zu machen. Diese Möglichkeit haben Bürger nicht, weswegen eine reale Gleichstellung zwischen direkter und Vertretungsdemokratie nicht gegeben sei. Deshalb schlägt „Mehr Demokratie“ vor, dass Bürgerentscheide in allen rein bezirklichen Angelegenheiten generell verbindlich sein sollen. DIE LINKE könnte diesem Vorschlag folgen, die SPD zurzeit nicht. Insofern hat die Koalition beschlossen, diesen Vorschlag auf seine juristische Belastbarkeit und politischen Konsequenzen prüfen zu lassen. Dem haben sich die Grünen angeschlossen. Ansonsten sind viele Erleichterungen hinzugekommen, so beim Einwohnerantrag und bei den Abstimmungsverfahren.

## Unsere Sprechstunden

- **Evrim Baba-Sommer:**  
☎ 0172-39 25 870, 27. Oktober, 16 Uhr, Bürgerhaus im Welsekiez
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 28. Oktober, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5
- **Gıyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 3. November, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:**  
☎ 0151-1560 2356, 27. Oktober, 17 Uhr, Sozialer Treffpunkt „Lebensnetz“, Anna-Ebermann-Straße 26, sowie am 1. November, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 417 a  
Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## Gerecht geht anders

Von Gesine Löttsch, MdB

Unter diesem Motto haben die Gewerkschaften zu den verschiedensten Protestaktionen in diesem Herbst aufgerufen. DIE LINKE wird sich an diesen Aktionen beteiligen und eigene Ideen einbringen und hat das zum Teil bereits getan.

### Komplott gegen die Ärmsten

Die Koalition aus CDU, CSU und FDP will die soziale Spaltung in unserem Land zementieren. Die Tür, die SPD und Grüne mit der Agenda 2010 geöffnet haben, wurde weit aufgestoßen. Ende September, mitten in den Haushaltsberatungen, verkündet die Merkel-Westerwelle-Koalition ihre Korrektur der Hartz-IV-Sätze: 5 Euro mehr für Erwachsene. Der Kinderregelsatz werde nur aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht gekürzt.

Das ist Zynismus pur und auch eine Verhöhnung des Bundesverfassungsgerichts. Es ist aber auch eine große gesellschaftspolitische Dummheit. Wenn eine Gesellschaft einen großen Teil ihrer Mitglieder ausgrenzt, schadet sie sich selbst.

### Sputnikschock – nichts gelernt?

Als die Sowjetunion im Jahr 1957 für die USA völlig unerwartet einen Satelliten in den Weltraum schoss, erlitt die westliche Großmacht nicht nur den legendären „Sputnikschock“, sondern reagierte auch. Man erkannte, dass sich das Land nicht weiterentwickeln würde, wenn sich die Eliten immer nur aus sich selbst heraus rekrutieren. Die Folge war, dass die USA ein breites Stipendienprogramm auflegten und sich intensiv darum bemühten, Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schichten für weiterführende Bildungswege zu gewinnen. Warum verzichtet unsere Regierung, die über Fachkräftemangel klagt, auf die Potenziale vieler Menschen in diesem Land?

### Atomdiktat oder Demokratie?

Fünzig Männer haben ganzseitige Anzeigen in großen Tageszeitungen geschaltet, um für eine Dinosauriertechnologie zu werben – die Atomenergie. Wer zahlt eigentlich diese Anzeigen? Die Bosse der Energiekonzerne? Nein, wir alle zahlen diese Anzeigen mit unserer nächsten Stromrechnung. Die vier großen Energiekonzerne haben unser Land wie Besatzungsmächte untereinander aufgeteilt. Die Atomkonzerne konnten die Regierung erpressen. Sie haben Merkel ihre Bedingungen dik-



Die Kürzungspläne der Bundesregierung stoßen auf heftigen Widerstand. Das zeigte auch die Aktion „Letztes Hemd“ in der ersten Parlamentswoche nach der Sommerpause. An dem Protest von attac, ver.di und dem „Aktionsbündnis Sozialproteste“ vor dem Bundestag beteiligten sich Gesine Löttsch und weitere Mitglieder der Linksfraktion. Hier im Bild: Agnes Alpers, Andrej Hunko und Werner Dreibus (v. l. n. r.).

tiert. Darum ist es keine radikal-revolutionäre Forderung, sondern einfach eine Frage der Demokratie, dass die Macht dieser Monopolisten gebrochen werden muss. Ermutigend war für mich die große Demonstration in Berlin am 18. September. Nun ist es auch die Verantwortung der LINKEN, dafür zu sorgen, dass dieser Protest keine Eintagsfliege bleibt.

### Wenn doch kein Geld da ist ...

Seit vielen Jahren versuchen wechselnde Regierungen der Bevölkerung einzureden, es sei kein Geld da. Das ist eine krasse Lüge. Die Staatshaushalte wurden durch Steuersenkungen für die Reichen und für Konzerne systematisch ruiniert. So richtig es ist, genau darauf zu achten, wofür Geld ausgegeben wird, so wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass genügend Einnahmen erzielt werden.

Wäre nicht z. B. eine wirksame Millionärsabgabe mehr als überfällig, zumal die großen privaten Vermögen in Deutschland weiter gewachsen sind? Verzichten könnte man auch auf die Steuergeschenke an die Hotellobby, das brächte jährlich eine Milliarde Euro mehr in die Kassen. Dann könnte man den Raubzug im Sozialetat lassen, denn dem will man 900 Millionen entziehen. Und es wäre auch Geld für öffentliche Aufgaben da: Schulen sanieren, Bibliotheken mit neuen Medien ausstatten, Sportanlagen pflegen.

### Bundeswehr als Hartz-IV-Armee

Verteidigungsminister Guttenberg will die Wehrpflicht aussetzen. Kommt er damit denjenigen entgegen, die wollen, dass die Bundeswehr nur ihre im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Landesverteidigung erfüllen darf? Ich denke, nein. Die Bundeswehr soll zur reinen Interventionsarmee ausgebaut werden. Als Kanonenfutter werden die angeworben, die keine Arbeit haben. Besser Bundeswehr im Auslandseinsatz als Hartz IV – das sagen sich viele. Schon heute stammt die Mehrheit der Soldaten im Auslandseinsatz aus den Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist – nämlich aus Ostdeutschland. DIE LINKE will zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Bundeswehr kann dafür nicht der Ort sein.

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● **Sprechstunde:** 22. Oktober, 15 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden)

**Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**



## Wohnen im Grünen – mitten in der Stadt



Foto: Joachim Pampel

Besucherandrang auf dem Fennpfuhlfest am 17. September. Die DVD „Wohnen im Grünen – mitten in der Stadt. Ein Fennpfuhlportrait in 60 Minuten“ gibt's bei Foto Bosse, Anton-Saefkow-Platz 4 (Preis 10 Euro – 5 Euro davon kommen einem Spendenprojekt in Litauen zugute).

## Buchtipps



### Auf uns selbst verlassen

Zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung legt der Jurist Klaus Emmerich eine Betrachtung deutscher Verfassungen der Nachkriegszeit vor. Er untersucht die drei DDR-Verfassungen, das in 60 Jahren 200-mal geänderte Grundgesetz und verschiedene Verfassungsentwürfe. Dazu kommen „ausgewählte Probleme der Länderverfassungen neuer Bundesländer“.

Klaus Emmerich plädiert für eine deutsche Verfassung, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Manche der inflationären Anrufungen von Verfassungsgerichten gingen wohl anders aus, wenn der Verfassungsentwurf des Kuratoriums deutscher Länder vom 29. Juni 1991 Geltung hätte. Dort war als Ziel fixiert, „ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen (zu) erneuern, in dem das Wohl und die Stärke aller aus dem Schutz der Schwachen erwächst“. *Joachim Pampel*

- Klaus Emmerich: „**In guter Verfassung? Warum das Grundgesetz auf den Prüfstand gehört**“, edition ost 2010, 288 Seiten, ISBN 978-3-360-01819-9, 14,95 €

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,  
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

**Redaktionsschluss für Ausgabe 8/10:** 4.10.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 4.11.2010

**Abgabeschluss für Texte und Fotos:** 25.10.2010

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

**Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Kultur im Bezirk

- **Sonntag 10.10., 11 Uhr**  
Concert im Center: „Oh Sancta Justitia“, Arien und Duette aus „Zar und Zimmermann“, mit Manja Neumann, Martin Kühn, Sascha Borris, Veranstaltung des Förderkreises der Lichtenberger Bibliotheken e. V. und des Linden-Centers; Linden-Center, Prerower Platz 1, Eintritt: 9/7 €
- **Sonntag, 10.10., 19.30 Uhr**  
Songs for Namibia and dances for Haiti – SODI-Benefiz-Konzert; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 10/5 €
- **Donnerstag, 14.10., 15 Uhr**  
Berliner Salon: „Toleranz – gestern und heute“, Diskussion; Buchvorstellung von Prof. Gerhard Fischer: „Die Hugenotten in Berlin“, Moderation: Prof. Alfred Loesdau und Dr. Werner Garig; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Sonnabend, 16.10., 18 Uhr**  
Die Musikerinnen und Musiker von capella vitalis lassen zum 300. Geburtstag von Giovanni Battista Pergolesi den italienischen Barock wieder auferstehen; Schloss Friedrichsfelde, Eintritt: 19 €
- **Sonntag, 17.10., 15 Uhr**  
Vogelstimmenimitationen aus der Zeit des Barock stehen im Mittelpunkt eines musikalisch-literarischen Konzertes von Susanne Erhardt, Sabine Erdmann und Elisabeth Richter-Kubbutat; Schloss Friedrichsfelde, Eintritt: 19 €
- **Dienstag 19.10., 17 Uhr**  
„Schätze Europas“: Musik der Wiener Klassik – die Brandenburger Symphoniker spielen Juan Crisostomo de Arriaga, Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Haydn; Max-Taut-Aula, Eintritt: 20/15 €
- **Freitag, 22.10., 19 Uhr**  
„Salon Schloss Hohenschönhausen“, Gast: Christine Stüber-Errath; Hauptstraße 44, Eintritt: 7,50 €, Anmeldung erbeten unter Telefon: 92 09 511.
- **Freitag, 22.10., 20 Uhr**  
Liederabend mit Karsten Mensching: „Das gegenwärtige Berlin – musikalisch, literarisch, gespickt mit Ecken und Kanten“; Schloss Friedrichsfelde, Eintritt: 16 €
- **Wochenende, 30./31.10.**  
Jugendtanzfestival „Patchwork on stage“; Max-Taut-Schule, Eintritt 9/7 €
- **Noch bis 13.11.**  
Ausstellung der Geschichtsfreunde Karlshorst: „115 Jahre Karlshorst – Streiflichter einer Geschichte“; Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9